

Unternehmerinnen-Umfrage zur Corona-Pandemie

Berlin, 16. Dezember 2020

Unternehmerinnen kämpfen mit Nachfragerückgang und Umsatzeinbrüchen, Personalabbau geringer als im Rest der deutschen Wirtschaft

Der VdU fordert mehr Planungssicherheit für Unternehmen durch bessere Informationen zu möglichen Krisenszenarien und appelliert an die Politik, jetzt Rahmenbedingungen zu schaffen, die KMU unterstützen, sicher aus der Krise zu kommen.

Knapp die Hälfte der frauengeführten Unternehmen hat nach der aktuellen Umfrage des VdU unter seinen Mitgliedern als **Folge der Corona-Pandemie** mit einer gesunkenen Nachfrage nach Produkten oder Dienstleistungen zu kämpfen (46 Prozent). Bei 28 Prozent kam es zu Stornierungen bereits abgeschlossener Aufträge durch Kunden. Daneben sind bei 21 Prozent Mitarbeiter*innen ausgefallen.

Bei der **Umsatzentwicklung für 2020** sind die Unternehmerinnen weitaus pessimistischer als noch im Sommer. Gingen im Juli 55 Prozent der Befragten davon aus, dass der Umsatz ihrer Unternehmen in diesem Jahr im Vergleich zu 2019 sinken wird, sind es Anfang Dezember 65 Prozent, die einen Umsatzrückgang erwarten. Rund ein Viertel befürchtet Umsatzeinbrüche von über 50 Prozent. Es zeigt sich aber auch, dass ein Drittel der frauengeführten Unternehmen weiterhin gut durch die Krise kommt und keine negativen Veränderungen verzeichnet.

Angesichts der niedrigen Nachfrage sowie des anhaltenden Umsatzrückgangs schmilzt das **Eigenkapital der Unternehmerinnen** in den kommenden sechs Monaten weiter (37 Prozent), sie befürchten trotz staatlicher Hilfen **Liquiditätsengpässe** (27 Prozent) und eine höhere Belastung durch Fremdkapital, z.B. aus Krediten (14 Prozent). Über alle Branchen hinweg kämpfen vier Prozent gegen eine Insolvenz in den kommenden Monaten. Die Finanzierungssorgen schmälern die Investitionsmöglichkeiten der Unternehmerinnen in der Phase des Restarts nach der Krise. Bereits jetzt mussten sie geplante Investitionen verschieben oder streichen (40 Prozent). Um die Liquidität ihrer Unternehmen zu sichern, fordern die Unternehmerinnen, **den steuerlichen Verlustrücktrag auszuweiten** (40 Prozent), **Abschreibungsmöglichkeiten zu verbessern** (35 Prozent) und allgemeine **steuerliche Entlastungen** (15 Prozent). Diese Maßnahmen würden Unternehmen mit einem soliden Geschäftsmodell dabei unterstützen, ihre Resilienz zu steigern.

Die Unternehmerinnen haben in den letzten Monaten alles dafür getan, ihre Unternehmen zu erhalten und Entlassungen zu vermeiden. Dabei haben sie agil und kreativ auf die Anforderungen der andauernden Krise reagiert: über die Hälfte der Befragten haben die Digitalisierungsprozesse in ihren Betrieben verstärkt (55 Prozent), sie bauten die Online-Präsenz, den -Vertrieb sowie die -Kundengewinnung aus (50 Prozent) oder stellten das bisherige Geschäftskonzept um (38 Prozent). Die Unternehmerinnen kritisieren die hohe bürokratische Belastung, die sie in vielen Bereichen bremst. Rund 72 Prozent fordern mehr **Bürokratieentlastung**. Außerdem erwarten sie, dass die Politik die **Digitalisierung** u.a. im Bereich der digitalen Infrastruktur und der digitalen Verwaltung vorantreibt (68 Prozent).

Die frauengeführten Unternehmen nutzen mobiles Arbeiten überall da, wo es möglich ist. Drei Viertel plant auch nach der Corona-Pandemie **mobiles Arbeiten** zu ermöglichen. 65 Prozent wollen, dass ihre Mitarbeiter*innen sowohl am festen Arbeitsplatz im Unternehmen als auch mobil, z.B. im Homeoffice, arbeiten. 57 Prozent der Unternehmerinnen, die dieses Mischmodell

favorisieren, begründen ihre Entscheidung mit den guten Erfahrungen der letzten Monate. Die frauengeführten Unternehmen, die vollständig am festen Arbeitsplatz arbeiten werden, tun dies mehrheitlich (91 Prozent), weil mobiles Arbeiten in ihrem Unternehmen aufgrund der Geschäftsprozesse, Produkte oder Dienstleistungen nicht möglich ist. Ein gesetzlicher Anspruch der Arbeitnehmer*innen auf ein Gespräch mit den Arbeitgeber*innen über die Möglichkeit des mobilen Arbeitens ist vor diesem Hintergrund völlig unnötig und verkennt die Realität in den Unternehmen. Was die moderne Arbeitswelt braucht, ist ein verlässlicher Rechtsrahmen für u.a. den Arbeitsschutz, den Datenschutz, den Unfallschutz, die Arbeitszeit sowie die Kostenübernahme durch den/die Arbeitgeber*in (35 Prozent) für das mobile Arbeiten sowie eine Flexibilisierung der Arbeitszeitregelung (36 Prozent).

Die anhaltende Pandemie wirkt sich aber auch zunehmend kritisch auf die **Beschäftigungsverhältnisse** in den Unternehmen aus. Zwar ist der Anteil derjenigen, die in ihren Betrieben Kurzarbeit nutzen, bei einem Drittel geblieben und hat sich seit dem Sommer nicht verändert. Allerdings haben seit Juli fünf Prozent mehr Unternehmerinnen betriebsbedingt Mitarbeiter*innen kündigen müssen (insgesamt 13 Prozent). Im Vergleich zur gesamten deutschen Wirtschaft, in der laut DIHK-Umfrage aus dem November bereits 24 Prozent der Unternehmen Personal abbauen mussten, haben frauengeführte Unternehmen damit bisher weniger häufig Mitarbeiter*innen entlassen müssen. Ein signifikanter Teil der Unternehmerinnen verzeichnet keine negativen Auswirkungen auf die Beschäftigungsverhältnisse in ihren Betrieben (31 Prozent) oder haben neue Mitarbeiter*innen eingestellt (17 Prozent).

Knapp die Hälfte der Unternehmerinnen hat die bisherigen **Wirtschaftshilfen** von Bund und Ländern in Anspruch genommen. Dabei sind aktuell die Soforthilfen der Länder sowie das Kurzarbeitergeld die wichtigsten Hilfen. Mehr als ein Drittel der Unternehmerinnen benötigen keine Hilfen, und 15 Prozent greifen auf die eigenen Rücklagen zurück.

Im Vergleich zur gesamten deutschen Wirtschaft nutzen die befragten Unternehmerinnen die Überbrückungshilfe II und die November- und/oder Dezemberhilfen weniger häufig. Die **Überbrückungshilfe II** haben bisher sieben Prozent der Unternehmerinnen bewilligt bekommen oder bereits erhalten. Für 26 Prozent der Unternehmerinnen kommt die Beantragung der **November- und/oder Dezemberhilfen** in Frage, da sie direkt oder indirekt vom Lockdown betroffen sind. Das Antragsverfahren für die Novemberhilfe durch einen prüfenden Dritten über das Onlineportal der Bundesregierung bewerten die Unternehmerinnen insgesamt mit der Note 3. Betroffene Unternehmen müssen rascher Hilfen erhalten. Ein Nachjustieren beim komplexen und bürokratischen Antragsverfahren ist daher dringend nötig.

Die Corona-Pandemie wird uns noch eine Weile begleiten. Die Unternehmerinnen fordern insgesamt mehr **Planungssicherheit** durch beispielsweise bessere Informationen zu möglichen Krisenszenarien und -maßnahmen (49 Prozent). Bei allen Maßnahmen muss die Balance zwischen einem effizienten Gesundheitsschutz und dem gemeinschaftlichen Interesse an einer Fortführung der wirtschaftlichen Aktivitäten gewahrt bleiben.

Im Vergleich zur Umfrage im Juli sind die Unternehmerinnen des VdU mit der **Arbeit der Bundesregierung in der Corona-Pandemie** aktuell deutlich unzufriedener: Während im Sommer drei Viertel die Arbeit der Großen Koalition als gut oder sehr gut bewerteten, tun dies jetzt nur noch knapp die Hälfte. Die **wirtschaftspolitischen Maßnahmen** schneiden aktuell noch schlechter ab: Während in der letzten Umfrage noch 40 Prozent der Bundesregierung dafür die Note 2 gaben, sprechen sich nun lediglich 30 Prozent für eine gute Bewertung aus. Aktuell bewertet ein Drittel die Maßnahmen als ausreichend bis ungenügend.

Das Vorhaben der Großen Koalition, dass in Vorständen börsennotierter und paritätisch mitbestimmter Unternehmen mit mehr als drei Mitgliedern künftig mindestens ein Mitglied eine Frau sein soll, befürworten 67 Prozent der befragten Unternehmerinnen. Sie sehen in der **Vorstandsquote** für Frauen zwar einen Eingriff in die unternehmerische Freiheit, da freiwillige Verpflichtungen aber bisher kaum Veränderungen in der operativen Führung großer Unternehmen gebracht haben, könne die Quote ein Baustein für bessere gesetzliche und strukturelle Rahmenbedingungen sein, die Frauen nicht mehr benachteiligen. Ein Drittel der Befragten lehnt die Vorstandsquote hingegen ab und fordert, dass Unternehmen freiwillig bessere Rahmenbedingungen für Frauen schaffen müssen bzw. ist der Ansicht, dass qualifizierte Frauen es heute auch ohne regulatorische Eingriffe in Führungspositionen schaffen.

Eine ausführliche Auswertung der Umfrage sowie Grafiken finden Sie auf den folgenden Seiten.

Über die VdU-Umfrage

Seit Beginn der Corona-Krise hat der Verband bereits zum sechsten Mal rund 1.800 Unternehmerinnen online befragt. Im Befragungszeitraum vom 3. bis zum 10. Dezember 2020 haben 250 Unternehmerinnen geantwortet.

Die Antworten verteilen sich auf folgende Branchen: Beratung (28 %), sonstige Dienstleistungen (24 %), Handel (12 %), Industrie (9 %), Gesundheitswirtschaft sowie Kultur- und Kreativwirtschaft (je 5 %), Baugewerbe sowie Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (je 4 %), Gastgewerbe (3 %), Tourismuswirtschaft (2 %), IT (2 %) sowie Verkehr und Lagerei (1 %).

Nach Unternehmensgrößen verteilen sich die Antworten wie folgt: Soloselbständige (20 %), 1-5 Beschäftigte (34 %), 6-19 Beschäftigte (20 %), 20-99 Beschäftigte (20 %), 100-249 Beschäftigte (4 %), mehr als 250 Beschäftigte (2 %).

Über den VdU

Im Verband deutscher Unternehmerinnen e.V. (VdU) sind rund 1.800 Unternehmerinnen organisiert. Die Unternehmerinnen erwirtschaften zusammen einen Jahresumsatz von 85 Milliarden EUR und beschäftigen über 500.000 Mitarbeiter*innen in Deutschland. Seit über 65 Jahren setzt der VdU sich erfolgreich dafür ein, dass die Stimme der Unternehmerinnen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft angemessen Gehör findet.

Pressekontakt

Anke Janetzki, Verband deutscher Unternehmerinnen e.V. (VdU),
Tel.: 030 200 59 19 12; E-Mail: anke.janetzki@vdu.de, www.vdu.de

Jede zweite Unternehmerin kämpft mit gesunkener Nachfrage

Wie wirkt sich die Corona-Pandemie aktuell auf die Geschäfte Ihres Unternehmens aus? (Mehrfachantworten möglich)

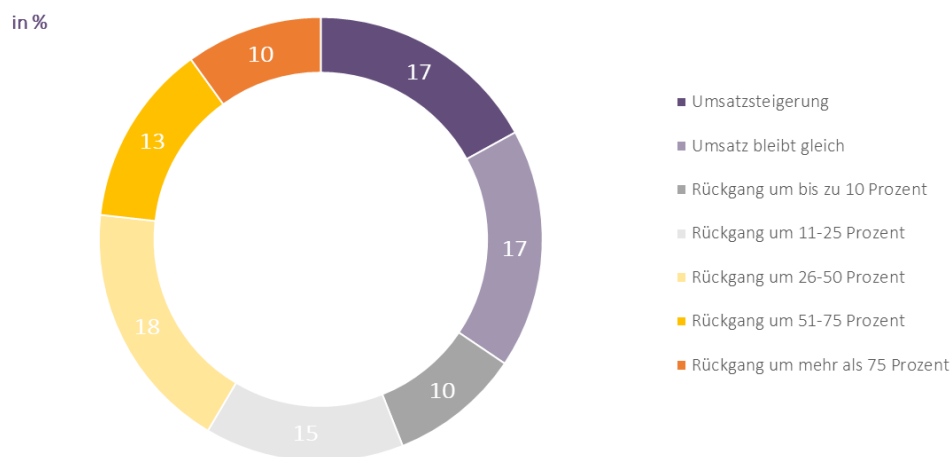


n = 249

Knapp die Hälfte der frauengeführten Unternehmen hat als Folge der Corona-Pandemie mit einer gesunkenen Nachfrage nach Produkten oder Dienstleistungen zu kämpfen (46 Prozent), bei 28 Prozent kam es zu Stornierungen bereits abgeschlossener Aufträge durch Kunden. Daneben sind bei 21 Prozent Mitarbeiter*innen ausgefallen oder fehlen. Aufgrund fehlender Nachfrage und des Ausfalls von Mitarbeiter*innen mussten 14 Prozent der Unternehmerinnen ihre geschäftliche Tätigkeit stilllegen, in der Beratungsbranche sind es sogar 21 Prozent. Von einem kompletten oder weitestgehenden Stillstand der geschäftlichen Tätigkeiten durch staatliche Schließungsanordnungen sind 12 Prozent der Unternehmerinnen betroffen. Neben der Tourismusbranche und dem Gastgewerbe sind vor allem Unternehmerinnen aus der Kultur- und Kreativwirtschaft (27 Prozent) von Schließungen betroffen. Auf der anderen Seite verzeichnen 17 Prozent der von Frauen geführten Unternehmen keine negativen Auswirkungen aufgrund der Corona-Pandemie und sogar eine steigende Nachfrage (18 Prozent) im laufenden Jahr.

Starke Umsatzeinbrüche bei der Mehrheit der Unternehmerinnen

Wie schätzen Sie die Umsatzentwicklung Ihres Unternehmens in 2020 im Vergleich zu 2019 ein?



n = 241

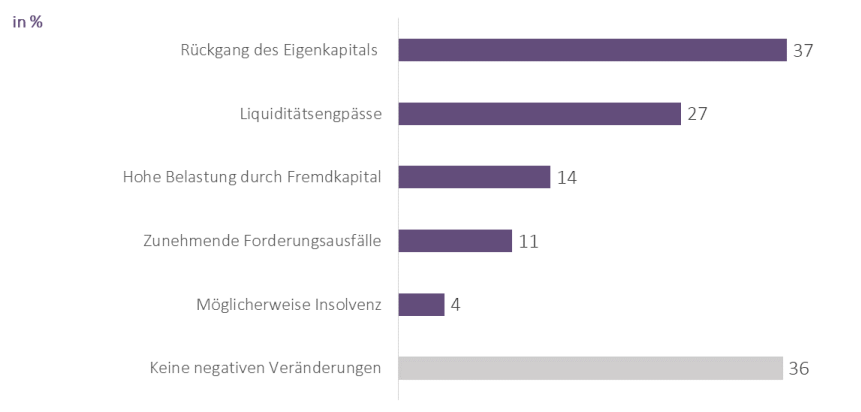
Bei der Umsatzentwicklung für 2020 sind die Unternehmerinnen weitaus pessimistischer als noch im Sommer. Gingen im Juli 55 Prozent der Befragten davon aus, dass der Umsatz ihrer Unternehmen in diesem Jahr im Vergleich zu 2019 sinken wird, sind es Anfang Dezember 65 Prozent, die einen Umsatzrückgang erwarten.

Die Mehrheit der Unternehmerinnen (43 Prozent) rechnet für das laufende Jahr mit einem Umsatzrückgang von bis zu 50 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. 23 Prozent befürchten sogar Umsatzeinbrüche von über 50 Prozent. In der Beratungsbranche sind es sogar 30 Prozent, die einen um mehr als 50 Prozent geringeren Umsatz haben werden. Ein dramatisches Bild zeichnet sich in der Tourismusbranche ab: 60 Prozent der Unternehmerinnen im Tourismus kämpfen mit einem Umsatzminus von über 75 Prozent. 40 Prozent verbuchen einen Rückgang von bis zu 75 Prozent. Im Gastgewerbe sind zwei Drittel von Umsatzeinbußen von bis zu 75 Prozent betroffen.

Es zeigt sich aber auch, dass ein Drittel der frauengeführten Unternehmen weiterhin gut durch die Krise kommt und keine negativen Veränderungen verzeichnet: 17 Prozent von ihnen erwarten sogar eine Umsatzsteigerung im Jahr 2020. Insbesondere der Handel rechnet mit einem Umsatzplus (37 Prozent). Während jedoch in der letzten Umfrage vom Juli noch 30 Prozent deutlich optimistischer waren und einen gleichbleibenden Umsatz erwarteten, rechneten Mitte Dezember nun nur noch 17 Prozent mit einem gleichen Umsatz wie 2019.

Weiterer Rückgang des Eigenkapitals und Liquiditätsengpässe befürchtet

Wie schätzen Sie die Entwicklung der Finanzlage Ihres Unternehmens in den kommenden sechs Monaten ein? (Mehrfachantworten möglich)



n = 250

Angesichts der niedrigen Nachfrage sowie des anhaltenden Umsatzrückgangs gehen zwei von fünf frauengeführten Unternehmen davon aus, dass ihr Eigenkapital in den kommenden sechs Monaten weiter zurückgeht. Rund 27 Prozent befürchten trotz staatlicher Hilfen Liquiditätsengpässe und 14 Prozent eine hohe Belastung durch Fremdkapital aus Krediten und Darlehen. Die Finanzierungssorgen schmälern auch die Investitionsmöglichkeiten der Unternehmerinnen in der Phase des Restarts nach der Krise. Über alle Branchen hinweg kämpfen vier Prozent gegen eine Insolvenz in den kommenden Monaten.

Frauengeführte Unternehmen haben bisher weniger Personal abgebaut

Welche Wirkung hat Corona auf die Beschäftigungsverhältnisse in Ihrem Unternehmen?
(Mehrfachantworten möglich)



n = 247

Der Anteil der Unternehmerinnen, die aufgrund niedriger Nachfrage in ihren Betrieben Kurzarbeit nutzen, ist seit dem Sommer konstant bei einem Drittel geblieben. Allerdings haben sie im Vergleich zum Juli fünf Prozent mehr Mitarbeiter*innen betriebsbedingt kündigen müssen (13 Prozent). Weitere sechs Prozent befürchten, dass sie in den kommenden sechs Monaten Beschäftigte entlassen müssen. Im Vergleich zur gesamten deutschen Wirtschaft, in der laut Blitzumfrage der DIHK vom November 2020 bereits 24 Prozent der Unternehmen Personal abbauen mussten, haben frauengeführte Unternehmen damit bisher weniger häufig Mitarbeiter*innen entlassen müssen. Ein signifikanter Teil der Unternehmerinnen verzeichnet keine negativen Auswirkungen auf die Beschäftigungsverhältnisse in ihren Betrieben (31 Prozent) oder hat neue Mitarbeiter*innen eingestellt (17 Prozent).

Unternehmerinnen treiben Digitalisierung voran, streichen aber auch Investitionen

Welche Maßnahmen ergreifen oder nutzen Sie in Ihrem Unternehmen aktuell, um der Krise zu begegnen? (Mehrfachantworten möglich)



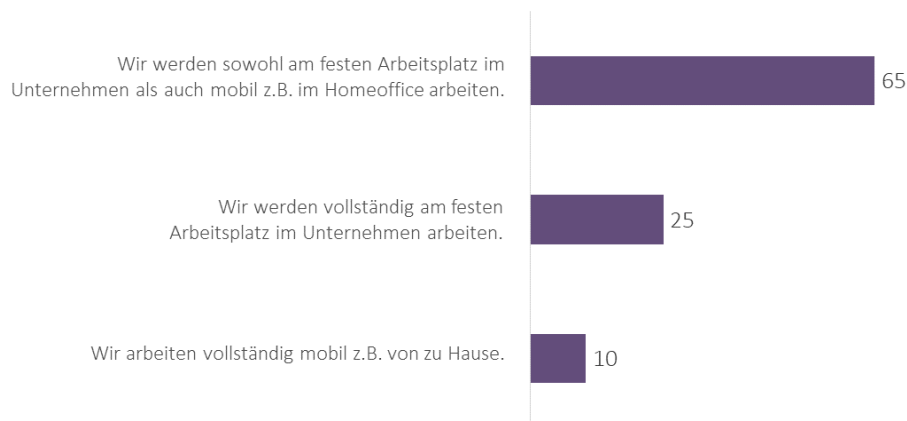
n = 244

Die Unternehmerinnen haben in den letzten Monaten alles dafür getan, ihre Unternehmen zu erhalten und für ihre Mitarbeiter*innen Entlassungen zu vermeiden. Sie haben agil und kreativ auf die Anforderungen der andauernden Krise reagiert: über die Hälfte der befragten Unternehmerinnen haben die Digitalisierungsprozesse in ihren Unternehmen verstärkt (55 Prozent), sie bauten die Online-Präsenz, den Online-Vertrieb sowie die Online-Kundengewinnung aus (50 Prozent) oder stellten das bisherige Geschäftskonzept um (38 Prozent). Allerdings wurden in anderen Bereichen geplante Investitionen verschoben oder gestrichen (40 Prozent) und Kosten eingespart (32 Prozent). 16 Prozent mussten bereits Personal abbauen.

Drei Viertel der frauengeführten Unternehmen wird auch nach der Krise am mobilen Arbeiten festhalten

Örtlich flexibles Arbeiten spielt aktuell eine wichtige Rolle. Wie werden Sie das mobile Arbeiten in Ihrem Unternehmen zukünftig nutzen?

in %



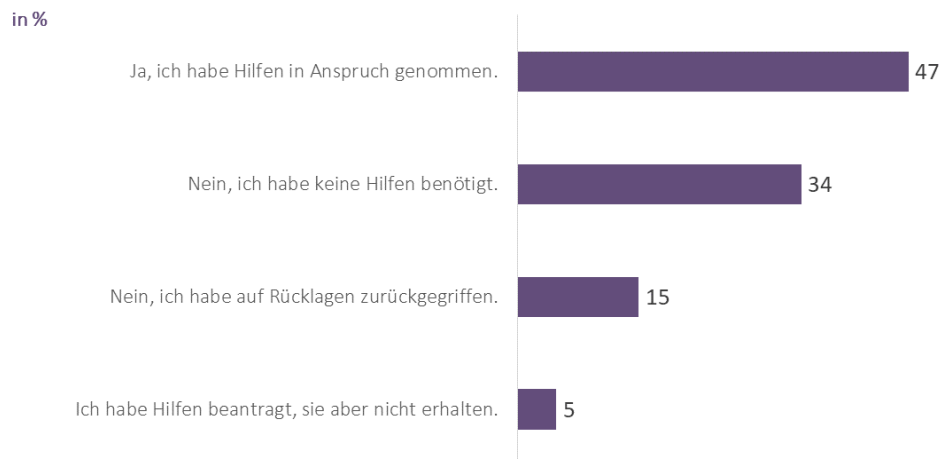
n = 247

Die Unternehmerinnen und ihre Mitarbeitenden nutzen in der Krise mobiles Arbeiten überall da, wo es möglich und sinnvoll ist. Drei Viertel der frauengeführten Unternehmen plant, auch nach der Corona-Pandemie mobiles Arbeiten beizubehalten. 10 Prozent werden vollständig mobil arbeiten. 65 Prozent wollen, dass ihre Mitarbeiter*innen sowohl am festen Arbeitsplatz im Unternehmen als auch mobil, z.B. im Homeoffice, arbeiten. 57 Prozent der Unternehmerinnen, die dieses Mischmodell favorisieren, begründen ihre Entscheidung mit den guten Erfahrungen, die sie damit in den letzten Monaten in ihrem Betrieb gemacht haben. Ein Viertel der befragten frauengeführten Unternehmen wird nach der Pandemie wieder vollständig am festen Arbeitsplatz arbeiten, da für sie mehrheitlich (91 Prozent) mobiles Arbeiten aufgrund ihrer Geschäftsprozesse, Produkte oder Dienstleistungen nicht möglich ist.

Ein gesetzlicher Anspruch der Arbeitnehmer*innen auf ein Gespräch mit der Arbeitgeberin über die Möglichkeit des mobilen Arbeitens ist vor diesem Hintergrund völlig unnötig und verkennt die Realität in den Unternehmen. Was Unternehmerinnen und Arbeitnehmer*innen brauchen, sind ein verlässlicher Rechtsrahmen für u.a. den Arbeitsschutz, den Datenschutz, die Arbeitszeit sowie die Kostenübernahme durch den/die Arbeitgeber*in für das mobile Arbeiten sowie eine Flexibilisierung der Arbeitszeitregelung.

Ein Viertel der Unternehmerinnen will Überbrückungshilfen II und III sowie November- und Dezemberhilfen nutzen

Haben Sie seit Mitte März staatliche Corona-Hilfen von Bund oder Ländern in Anspruch genommen?



n = 248

Knapp die Hälfte der befragten Unternehmerinnen hat die bisherigen Wirtschaftshilfen von Bund und Ländern in Anspruch genommen. Dabei sind aktuell die Soforthilfen der Länder sowie das Kurzarbeitergeld die wichtigsten Hilfen für die von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffenen Unternehmen. Allerdings geben auch mehr als ein Drittel der Unternehmerinnen an, dass sie keine Hilfe benötigen und 15 Prozent greifen auf die eigenen Rücklagen zurück.

Im Vergleich zur gesamten deutschen Wirtschaft nutzen die befragten Unternehmerinnen die Überbrückungshilfe II und die November- und/oder Dezemberhilfen weniger häufig (vgl. [Blitzumfrage der DIHK vom November 2020](#)).

Ein Viertel der frauengeführten Unternehmen möchte die Überbrückungshilfe II für September bis Dezember und die Überbrückungshilfe III für Januar bis Juni 2021 nutzen. Die Überbrückungshilfe II, die seit Oktober beantragt werden kann, haben sieben Prozent der Unternehmerinnen bewilligt bekommen oder bereits erhalten, fünf Prozent haben noch keine Bewilligung des Antrags, bei vier Prozent wurde er abgelehnt. Zehn Prozent planen noch eine Beantragung.

Für 26 Prozent der Unternehmerinnen kommt die Beantragung der November- und/oder Dezemberhilfen in Frage, da ihr Unternehmen (17 Prozent) oder sie als Soloselbständige (9 Prozent) direkt oder indirekt vom Lockdown betroffen sind. Die Mehrheit derjenigen, die die November- und/oder Dezemberhilfe in Anspruch nehmen wollen, planen die Antragstellung oder befinden sich noch im Bewilligungsprozess. Bis zum 10. Dezember hatten nur zwei Prozent

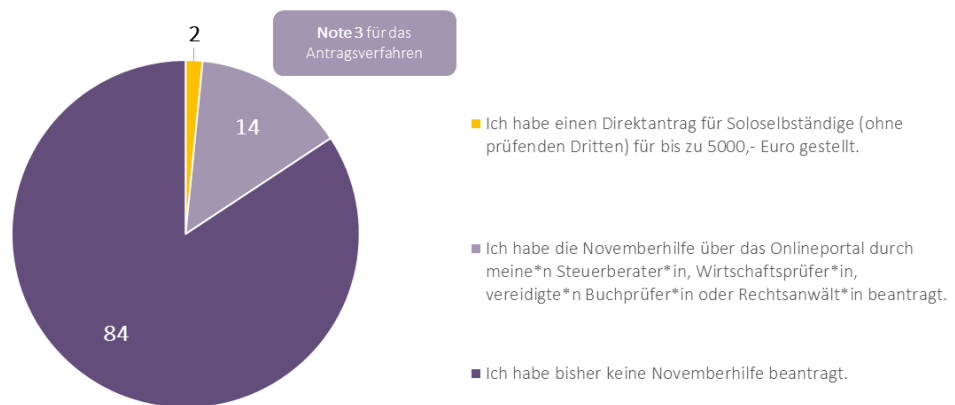
der Unternehmerinnen mit Mitarbeiter*innen und knapp ein Prozent der Soloselbständigen die Novemberhilfe bereits ausgezahlt bekommen.

Das Antragsverfahren für die Novemberhilfe über das Onlineportal der Bundesregierung durch den/die Steuerberater*in, Wirtschaftsprüfer*in, vereidigte*n Buchprüfer*in oder Rechtsanwält*in bewerten die Unternehmerinnen insgesamt mit der Note 3.

Betroffene Unternehmen müssen rascher Hilfen erhalten. Ein Nachjustieren beim komplexen und bürokratischen Antragsverfahren für die Überbrückungshilfen sowie die November- und Dezemberhilfe ist daher dringend nötig.

Haben Sie für Ihr direkt oder indirekt von den staatlichen Schließanordnungen betroffenes Unternehmen die sogenannte Novemberhilfe beantragt?

in %



n = 230

Unternehmerinnen fordern Entbürokratisierung und Digitalisierung

Welche Maßnahmen der Politik sind aktuell aus Ihrer Sicht notwendig, um die Wirtschaft zu stützen? (Mehrfachantworten möglich)



n = 234

Die Corona-Pandemie wird uns noch eine Weile begleiten. Der Schutz von Gesundheit und Leben und die Vermeidung eines Kollapses unseres Gesundheitssystems haben oberste Priorität. Dabei muss die Balance zwischen einem effizienten Gesundheitsschutz und dem gemeinschaftlichen Interesse an einer Fortführung der wirtschaftlichen Aktivitäten gewahrt bleiben. Daher ist es wichtig, dass Bund und Länder die eingeleiteten Maßnahmen zur Senkung der Infektionszahlen und zur Bewältigung der Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft kontinuierlich kontrollieren, auf deren Wirksamkeit hin prüfen und rascher anpassen.

In den letzten Beratungsrunden von Bund und Ländern gab es insbesondere zur Frage der Notwendigkeit von Maßnahmen unterschiedliche Einschätzungen. Die befragten Unternehmerinnen sehen im Föderalismus einen Vorteil in der Krise. Nur 22 Prozent wünschen sich stärkere Kompetenzen des Bundes gegenüber den Ländern und Kommunen im Krisenfall.

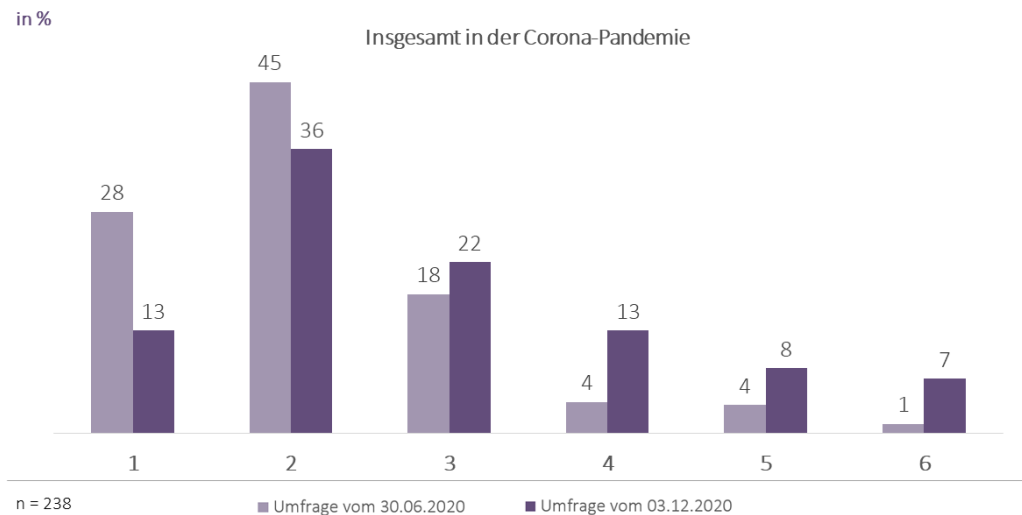
Die Unternehmerinnen erwarten von der Politik einen Planungshorizont, der über einen Monat hinausgeht. Die Hälfte der Befragten fordert insgesamt mehr Planungssicherheit für ihre Unternehmen durch beispielsweise mehr Informationen zu möglichen Krisenszenarien und -maßnahmen.

Wichtig ist ihnen neben den kurzfristigen finanziellen Hilfen, dass die Politik Maßnahmen ergreift, die KMU stärken, um sicher aus der Krise zu kommen. Dazu müssen jetzt die notwendigen strukturellen, digitalen, arbeitsrechtlichen und steuerrechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Unternehmen unterstützen, sich zukunftssicher aufzustellen, Arbeitsplätze zu erhalten und neue Rücklagen für Investitionen und auch für künftige Krisen aufbauen zu können.

Rund 72 Prozent der frauengeführten Unternehmen fordern mehr Bürokratieentlastung. Ebenso wichtig ist ihnen, dass die Politik die Rahmenbedingungen für eine modere Arbeitswelt schafft, durch das Vorantreiben der Digitalisierung, u.a. im Bereich der digitalen Infrastruktur und der digitalen Verwaltung (68 Prozent), die Flexibilisierung der Arbeitszeitregelung (36 Prozent) und einen verlässlichen Rechtsrahmen für mobiles Arbeiten (Arbeitsschutz, Unfallschutz, Arbeitszeit, Datenschutz etc.) (35 Prozent). Als wichtige Maßnahmen, um Liquidität zu sichern, werden die Ausweitung des steuerlichen Verlustrücktrages (40 Prozent), verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten (35 Prozent) und allgemein steuerliche Entlastungen (15 Prozent) genannt. Denn sie unterstützen Unternehmen mit einem soliden Geschäftsmodell dabei, ihre Resilienz zu steigern.

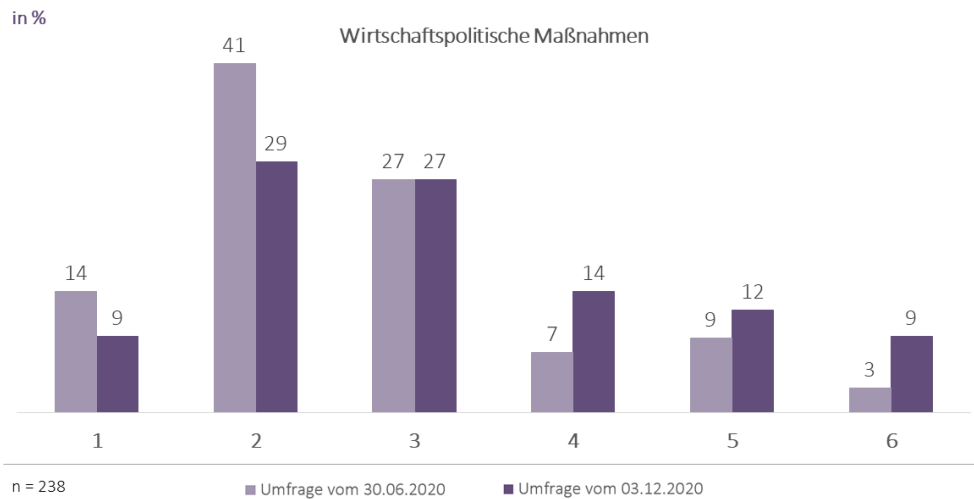
Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung sinkt

Wie beurteilen Sie die Arbeit der Bundesregierung in der Corona-Krise? Bitte vergeben Sie Noten auf einer Skala von 1 = „sehr gut“ bis 6 = „ungenügend“.



Im Vergleich zur Unternehmerinnen-Umfrage im Juli sind die Unternehmerinnen mit der Arbeit der Bundesregierung in der Corona-Pandemie aktuell deutlich unzufriedener: Während im Sommer drei Viertel die Arbeit der Großen Koalition als gut (45 Prozent) oder sehr gut (28 Prozent) bewerteten, beurteilen sie jetzt nur noch knapp die Hälfte als gut (36 Prozent) und sehr gut (13 Prozent). Insgesamt erhält die Arbeit der Bundesregierung die Durchschnittsnote 3.

Wie beurteilen Sie die Arbeit der Bundesregierung in der Corona-Krise? Bitte vergeben Sie Noten auf einer Skala von 1 = „sehr gut“ bis 6 = „ungenügend“.

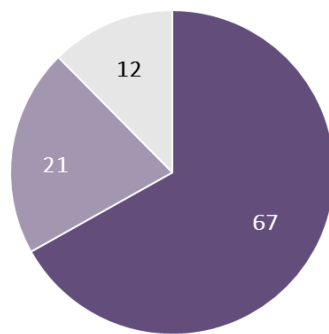


Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen schneiden aktuell noch schlechter ab: Während in der letzten Umfrage noch 40 Prozent der Bundesregierung dafür die Note 2 gaben, sprechen sich nun lediglich 30 Prozent für eine gute Bewertung aus. Aktuell bewertet ein Drittel die Maßnahmen als ausreichend bis ungenügend. Insgesamt werden die wirtschaftspolitischen Maßnahmen durchschnittlich als befriedigend benotet. Insbesondere der hohe bürokratische Aufwand bei der Beantragung der Hilfsmaßnahmen, das nur schleppende Voranschreiten der Digitalisierung der Verwaltung und in der Bildung sowie fehlende Planungssicherheit tragen zur sinkenden Akzeptanz der Maßnahmen bei.

Zwei Drittel der Unternehmerinnen sprechen sich für eine Vorstandsquote aus

Wie beurteilen Sie die Vorstandsquote?

in %



Die Vorstandsquote ist zwar ein Eingriff in die unternehmerische Freiheit, aber freiwillige Regelungen haben in den operativen Führungsebenen bisher kaum Veränderungen gebracht. Die Quote kann daher ein Baustein für bessere gesetzliche und strukturelle Rahmenbedingungen sein, die Frauen nicht mehr benachteiligen.

Die Vorstandsquote ist ein Eingriff in die unternehmerische Freiheit. Unternehmen müssen freiwillig bessere Rahmenbedingungen für Frauen schaffen.

Die Vorstandsquote ist ein Eingriff in die unternehmerische Freiheit. Qualifizierte Frauen schaffen es auch heute schon ohne regulatorische Eingriffe in Führungspositionen.

n = 237

Das Vorhaben der Großen Koalition, dass in Vorständen börsennotierter und paritätisch mitbestimmter Unternehmen mit mehr als drei Mitgliedern künftig mindestens ein Mitglied eine Frau sein soll, befürworten 67 Prozent der befragten Unternehmerinnen. Sie sehen in der Vorstandsquote für Frauen zwar einen Eingriff in die unternehmerische Freiheit, da freiwillige Verpflichtungen aber bisher kaum Veränderungen in der operativen Führung großer Unternehmen gebracht haben, könne die Quote jedoch ein Baustein für bessere gesetzliche und strukturelle Rahmenbedingungen sein, die Frauen nicht mehr benachteiligen. Ein Drittel der Befragten lehnt die Vorstandsquote hingegen ab und fordert, dass Unternehmen freiwillig bessere Rahmenbedingungen für Frauen schaffen müssen bzw. ist der Ansicht, dass qualifizierte Frauen es heute auch ohne regulatorische Eingriffe in Führungspositionen schaffen.